



Foto: Günter Binstener

Die Vision einer Schule für alle Kinder wach halten. Das ist das Verdienst der Gesamtschulen. Wer das gegliederte System verteidigt, handelt gegen bessere Erkenntnis und internationale Ergebnisse.

Die Zweigliedrigkeit ist kein tragbares Konzept für die Schulreform

Nachhaltige Bildungspolitik braucht einen langen Atem

VON ANNE RATZKI

Auch in der Bildungspolitik gibt es so etwas wie Wiedergänger, Geisterschiffe, die immer mal wieder auftauchen, Hoffnung wecken und dann im Nebel verschwinden. Die Zwei-Säulen-Theorie oder das zweigliedrige Schulsystem scheint so ein Wiedergänger zu sein.

Das erste mir bekannte Konzept stammt vom Bielefelder Erziehungswissenschaftler Klaus Hurrelmann, der es als „Zwei-Wege-Modell“ 1991 in einem großen Aufsatz in der Zeit veröffentlichte. Hintergrund war die deutsche Vereinigung, die nach Meinung von Hurrelmann die Gefahr mit sich brachte, „dass die Gymnasien überlaufen und die anderen Schulformen verkümmern“ (Die Zeit, Nr. 45, 1. November 1991). Die neuen Länder hatten gerade ihre unterschiedlichen Schulgesetze beschlossen und Hurrelmann plädierte für ein einheitliches Schulsystem in ganz Deutschland, um „einheitliche Lebensverhältnisse“ zu sichern.

Das erste Zwei-Wege-Modell stammt aus dem Jahr 1991

Säule eins sollte das Gymnasium bilden, unverändert, als theoretisch-wissenschaftlich ausgerichtete Schule. Daneben sollte gleichberechtigt eine berufs- und praxisorientierte neue Oberschule entstehen, „für alle, die sich vom Gymnasium nicht angezogen fühlen“. Alle anderen Schulformen außer dem Gymnasium, auch die Gesamtschule, sollten in dieser Säule verschmelzen. Die pädagogischen Erfahrungen der Gesamtschule sollten dazu dienen, schwierige Schüler und Schülerinnen, die durchaus etwas leisten konnten, aufzufangen. Auch Behinderte sollten dort aufgenommen werden. Dafür sollte die neue Oberschule Sozialpädagogen bekommen und als Ganztags-

schule geführt werden. Reformpädagogische Vorstellungen, ein umfassender pädagogischer Bildungsbegriff, ein „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“ könnte hier zum Programm werden, schwärmte Hurrelmann. Selbstverständlich war die Oberschule auch als Schule gedacht, in die das Gymnasium „nicht geeignete“ oder schwierige Schüler abgeben konnte. Sie war gedacht als Schule für die Mühseligen und Beladenen, während das Gymnasium die Kinder unterrichten sollte, die keine Lernprobleme hatten. Allerdings sollte auch diese zweite Schulform eine Oberstufe bekommen, berufsorientiert, ähnlich der Kollegschule. Kinder und Eltern sollten die freie Wahl zwischen den beiden Schulformen haben.

Gabriele Behler, damals noch Leiterin eines Gymnasiums und SPD-Vorsitzende im Bezirk Ostwestfalen-Lippe und später NRW-Kultusministerin, übernahm mit ihrem SPD-Bezirk die vehemente politische Unterstützung dieses Konzepts. In der SPD setzte darüber eine bildungspolitische Auseinandersetzung ein, bei der sich z.B. die Jusos für den Erhalt der Gesamtschule aussprachen. Ihre Kritik: auch wenn diese Lösung einfach und logisch erscheint, so ist sie doch – zusätzlich zur bildungspolitischen Fehlorientierung – mit der Auflösung von zwei Schulformen und der Verbiegung einer weiteren verbunden. D.h., diese Lösung ist überhaupt nicht einfach.

Auch Brigitte Speth, damals Bundesvorsitzende der AfB, sieht im Zwei-Wege-Modell keinen Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise: Die Einteilung der Schülerschaft in solche, die wissenschaftsorientiert lernen und solche, die mit „Kopf, Herz und Hand“ lernen, entbehre jeder wissenschaftlichen Grundlage; die Grundschule würde wohl vornehmlich Kindern aus bildungsfernen Schichten, Kindern mit Sprachproblemen und Problemkindern die

„Oberschule“ empfehlen, aber auch der Zustrom zum Gymnasium würde steigen, weil Eltern eine Schule mit so vielen Problemen vermeiden wollten. Das Gymnasium geriete wegen seiner heterogenen Schülerschaft in eine pädagogische Krise, die zweite Säule in eine Akzeptanzkrise.

Sehr klar nimmt die damalige Leiterin des Referates B in der GEW, Margarete Bernhard, zu der Zweigliedrigkeit Stellung. In einem offenen Brief an Hurrelmann vom 18.11.1991 schreibt sie: „Das von Ihnen propagierte zweigliedrige System ... halten wir allerdings für falsch und unzeitgemäß ... Es unterstellt zwei Begabungstypen, sozusagen als „Naturkonstanten“; eine Annahme, die in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen ... widerlegt wurde ... Wenn Sie dennoch für zwei, an überkommenen Begabungstypen orientierte Schulformen votieren, dann halte ich dies – mit Verlaub – für blanken Opportunismus: Das Gymnasium mit dem Königsweg

„Abitur“ erfreut sich hoher Wertschätzung, also lassen Sie es dabei und stellen daneben einen Schultyp für die Mehrheit, den neuen „Rest“.“

Auch die von der GEW NRW in Auftrag gegebenen Studie von Franz Lehner und Ulrich Widmaier, „Eine Schule für eine moderne Industriegesellschaft“ 1992 lehnt eine willkürliche Zusammenlegung auf drei oder zwei Schulformen ab und plädiert für eine Zusammenlegung aller Schulformen in ein „integriertes schulisches Ausbildungssystem“. Man könnte die Liste ablehnender Stellungnahmen noch lange fortsetzen.

Die „Zweigliedrigkeit“ in den Bundesländern

In den Gesamtschulen war die Bestürzung groß, das Zwei-Wege-Modell wurde als Existenzbedrohung der Gesamtschulen verstanden. Die GGG und die Eltern vieler Gesamtschulen wandten sich mit Stellungnahmen an Hurrelmann und die Öffentlichkeit. Mit der Zweigliedrigkeit würde zwar die Aufsplitterung des Schulwesens reduziert, dabei aber zugleich verfestigt. Die logische Alternative einer gemeinsamen Schule für alle würde durch die Aufgabe der Gesamtschule in weite Ferne rücken.

Zwar wurde das Zwei-Wege-Modell von Hurrelmann/Behler nicht realisiert und verschwand bald in der Ablage für unbrauchbare Alternativmodelle zur Gesamtschule als gemeinsamer Schule für alle Kinder. Doch nun, 15 Jahre später, taucht es mit ganz ähnlichen Begründungen und Erwartungen an die „Zweitschule“ wieder auf.

In den folgenden 15 Jahren bis heute lässt sich eine Tendenz zu zweisäuligen Systemen von Gymnasium einerseits und Zusammenlegungen von Hauptschulen und Realschulen

andererseits in verschiedenen Bundesländern, vor allem im Osten, feststellen. Allerdings sind die Mittelschulen (Sachsen), Regelschulen (Thüringen), Regionalschulen (Rheinland-Pfalz) etc. nirgendwo eine „wirkliche Alternative zum Gymnasium“. Auch da, wo es keine Gesamtschulen gibt wie in Sachsen, blieben die „Zweitschulen“ Kombinationen der bisherigen Schulformen Hauptschule und Realschule, meist intern wieder getrennt oder durch Fachleistungsniveaus in sich selektiv. Nirgendwo sind die Lernbehinderten einbezogen. Die kombinierten Systeme enden nach dem 10. Schuljahr, ohne eigene Oberstufe. Die Abschlüsse orientieren sich an den bisherigen Schulformen.

Zwei Säulen als Ersatz für eine gemeinsame Schule für alle Kinder?

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf Brandenburg. Anfang der 90er Jahre führte Brandenburg nach der 6-jährigen Grundschule ein Schulsystem ohne Hauptschule ein und errichtete Gymnasien und Gesamtschulen in größerer Zahl, daneben die Realschule. Gymnasien und Gesamtschulen sollten absolut gleichwertig sein, beide alle Schüler aufnehmen, die angemeldet wurden, beide mit Oberstufe und Abitur – bei ausreichender Schülerzahl, – beide sollten ihre Schüler behalten. Die Gymnasien durften keine Schüler abschulen. Trotzdem fanden die Gymnasien viele Mittel und Wege, Schüler an Realschulen und Gesamtschulen abzugeben, indem sie den Eltern klarmachten, dass die Kinder dort besser gefördert würden. Bald wurde das Abschulen zu einer ebenso üblichen Praxis wie in anderen Bundesländern.

Nirgendwo in den Bundesländern mit zwei Schulformen wird heute jeder Schüler, der möchte, vom Gymnasium aufgenommen, dort gefördert und zu einem Abschluss geführt, nirgendwo werden auch Lernbehinderte grundsätzlich integrativ beschult. Nirgendwo sind die beiden Schulformen gleichwertig, gelten in beiden die gleichen Leistungsstandards, wird das Lernen individualisiert. Die Zusammenlegung der Schulformen Hauptschule und Realschule kann eine Notmaßnahme darstellen, und als solche ist sie im Rahmen des gegliederten Systems vernünftig, aber sie ist keine Bildungsreform.

In Hamburg wird nun das Zweisäulen-Modell wieder aufgenommen und wieder werden der Stadtteilschule als „Zweitschule“ große Möglichkeiten und Erwartungen zugeordnet.

Zuerst sollten wir allerdings fragen, ob die Stadtteilschule geeignet ist, die zentralen Anforderungen an ein modernes Bildungssystem zu erfüllen:

- Eine Bildungsbeteiligung, die nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt
- Die schulische Integration – und damit die gesell-

schaftliche Integration – der Kinder mit Migrationshintergrund

- Ein hohes Bildungsniveau für alle und eine erhebliche Verringerung der Risikogruppe
- Eine Zunahme von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen und damit eine Angleichung an das europäische Niveau an akademischen Ausbildungen.

Nach einem Bericht der Hamburger Morgenpost vom 8.11.2006 sollen die Gymnasien „möglichst“ keine Kinder an die Stadtteilschulen abschieben können; diese könnten die Schüler, die sie haben, integriert oder nach Fachleistung unterrichten, Ganztagschulen sein, interessante Lernangebote machen und Abitur nach 13 Jahren anbieten. Das alles können und machen die Gesamtschulen jetzt schon. Die Gymnasien werden mit Sicherheit in 5. und 6. Schuljahr heftig „sieben“ und auch später dem Brandenburgischen Weg folgen und die Eltern schwacher Schüler „beraten“.

Als Lösung der Probleme und insbesondere der sozialen Selektivität unseres Schulsystems wurde bisher die Eine Schule für alle als Weiterentwicklung der Gesamtschule gesehen. Das würde jedoch die Einbeziehung des Gymnasiums bedeuten. Offenbar erwartet man sich von den zwei Säulen geringere Widerstände: Das Gymnasium bleibt erhalten – und für die Lösung der Probleme ist die zweite Säule zuständig. Genau aus diesem Grund wird sich aber das Gymnasium auch einer Veränderung verweigern, denn der Verzicht auf Abschulung wäre das Ende der gymnasialen Traditionen. Das Ansehen des Gymnasiums beruht vor allem auf seiner sozialen Selektivität.

Würde sich das in einer Zweigliedrigkeit ändern? Die Prognose von Brigitte Späth zu dem Hurrelmann-Konzept von 1991 ist durchaus aktuell. Wen würden die Grundschulen in Zukunft auf das Gymnasium schicken, wen nicht? Sie würden den Kindern, die besondere Förderung brauchen, nicht das Gymnasium empfehlen. Die Stadtteilschulen werden zuständig sein für Kinder aus sozial schwachen Familien, Kinder mit Migrationshintergrund, schlechten Deutschkenntnissen, für die Integration von Lernbehinderten und Verhaltens-



Anne Ratzki

schwierigen. Man kann davon ausgehen, dass die Stadtteilschule bald ähnliche Akzeptanzprobleme haben wird wie heute die Hauptschule. Das bedeutet, dass Eltern alles daran setzen werden, ihr Kind auf das Gymnasium zu schicken und damit den Niedergang der Stadtteilschule noch befördern werden.

An dieser Stelle kann man alle Verantwortlichen nur dringend auffordern, die Augen nicht vor der Realität zu verschließen und auf eine Lösung unter Einbeziehung aller Schulformen hinzuwirken.

PISA hat uns einmalige Chancen für eine große Reform eröffnet, die zahlreichen Hiobsbotschaften und Mahnungen der OECD an Deutschland sprechen eine deutliche Sprache: Wir können nicht so weitermachen. Wir müssen alle Kinder mitnehmen, keine mehr zurücklassen. Die Zahl der Unterstützer für eine große Lösung wächst. Wer heute das gegliederte System verteidigt, handelt gegen bessere Erkenntnis und internationale Ergebnisse. Wir haben alle guten Argumente für eine gemeinsame Schule – warum sollten wir sie nicht immer wieder in aller Öffentlichkeit deutlich machen? Die Zweigliedrigkeit zementiert das hierarchische gegliederte System. Das Gymnasium bleibt erhalten und die Gesamt-

schule, die die Vision einer Schule für alle Kinder wachhält, verschwindet.

Wir brauchen den langen Atem für eine nachhaltige Bildungsreform, auch im Interesse der Kinder und Jugendlichen, die eine bessere Schule verdient haben.

Zur Person:

Prof. Dr. Anne Ratzki war viele Jahre Schulleiterin der Gesamtschule Köln-Holweide und anschließend Dezernentin für Gesamtschulen bei der Bezirksregierung Köln. Von 1988 bis 1993 war sie Bundesvorsitzende der GGG. Zurzeit leitet Anne Ratzki das Institut zur Förderung der Teamarbeit e.V. und ist Honorarprofessorin an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte sind internationale Schulentwicklung und Lernen in heterogenen Schülergruppen.

